



Die neuen Chefs: Thomas Matter, Filippo Leutenegger und Christoph Richterich (von links) 2002 vor der Presse, nachdem Matters Privatbank den Jean-Frey-Verlag und die darin enthaltene «Weltwoche» gekauft hat. Walter Bieri/Keystone/Bearbeitung Republik

Thomas Matters Feldzug gegen die SRG

Dem SVP-Nationalrat geht es bei seinem Kampf für die Halbierungsinitiative nur vordergründig um die Entlastung für Haushalte und Unternehmen. Tatsächlich geht es um den Einfluss der Rechten auf den Service public.

Von Dennis Bühler, 05.02.2026

Eines kann man dem Anführer der gegenwärtigen Anti-SRG-Kampagne nicht vorwerfen: Geheimniskrämerei. Denn der SVP-Nationalrat Thomas Matter macht keinen Hehl daraus, worum es ihm in allererster Linie geht mit der Halbierungsinitiative, mit der die Radio- und Fernsehgebühren auf 200 Franken pro Jahr gesenkt würden.

Während sich seine Mitstreiter vom Jungfreisinn und vom Gewerbeverband vor allem daran stören, dass auch Unternehmen zur Kasse gebeten werden, wenn sie einen Jahresumsatz von mehr als 500'000 Franken erzielen, interessiert sich Matter nicht so sehr für die genaue Höhe und Ausgestaltung der Radio- und Fernsehgebühren.

Stattdessen will er die SRG dazu zwingen, ihren politischen Kurs zu verändern. Denn Matter sieht fast überall im Programm eine «linke Schlagseite». So wiederholt es der Banker seit Jahren bei jeder Gelegenheit, so betont er es auch im Gespräch mit der Republik.

«Wenn ich ‹10 vor 10› einschalte und Arthur Honegger zwei Sätze sprechen höre, weiss ich, dass er links ist», sagt er. «Das war früher anders: Bei den ‹Tagesschau›-Moderatoren meiner Jugendzeit hatte ich keine Ahnung, wie sie politisch tickten. Paul Spahn und Peter Achten waren wirklich neutral.»

Und deshalb wollen Sie der SRG nun mittels Gebührensenkung Ihren politischen Kurs aufzwingen, Herr Matter?

Wir wollen mit unserer Initiative erreichen, dass die SRG wieder ausgewogener und sachlicher berichtet. Achten Sie sich mal, welche Themen die SRG setzt! Es sind in aller Regel Themen, bei denen sich Linke profilieren können.

Woran machen Sie das konkret fest?

Ein Beispiel: 2019 gab es vor den Wahlen wochenlang kein ‹10 vor 10›, bei dem das Klima nicht thematisiert worden wäre.

Andererseits gab es 2015 wohl kaum eine Sendung, bei der nicht über die sogenannte ‹Flüchtlingswelle› berichtet wurde. Die SRG bestimmt die Themenkonjunktur nun mal nicht allein.

Daran kann ich mich nicht erinnern. Wenn schon, hatte das Schweizer Fernsehen dank unserer Masseneinwanderungsinitiative im Jahr zuvor über Migration berichtet. Weil die Initiative im Februar 2014 angenommen wurde, war Migration im Wahlkampf 2015 dann gar kein grosses Thema mehr.

Ob Thomas Matter bloss die Erinnerung trügt oder ob der 59-Jährige bewusst die Unwahrheit erzählt, um seine Erzählung von der ‹linken Schlagseite› zu untermauern, ist unklar. Fakt ist: Das Wahljahr 2015 war ausserordentlich stark von Debatten über Migration geprägt. «Alle untersuchten Medientitel fokussier[t]en im 3. Quartal stark auf Flüchtlings- und Migrationsfragen», schrieb das Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich damals. «Von der hohen Resonanz für Migrationsthemen profitiert mit Blick auf die Parteienpräsenz in den Schweizer Medien allen voran die SVP. Sie vereint 60 Prozent der Parteienennungen in der Migrationsfrage auf sich.»

Kein Wunder, erreichte die SVP bei den Nationalratswahlen in jenem Jahr mit 29,4 Prozent der Stimmen ihr bestes Ergebnis aller Zeiten, womit sie sich von 54 auf 65 Sitze steigern konnte. Auch Matter selbst, der im Sommer 2014 für Christoph Blocher in den Nationalrat nachgerückt war und im Wahlkampf als Produzent des

Gaga-Musik-Clips «Welcome to SVP» für Schlagzeilen gesorgt hatte, wurde von den Zürcher Stimmberechtigten problemlos im Amt bestätigt.

Strohmann für rechtslibertären Milliardär

Berührungspunkte zum Medienbusiness hatte Matter, die treibende Kraft hinter der SRG-Halbierungs-Initiative, schon lange vor seiner Wahl in den Nationalrat: So wurde er 2002 schweizweit bekannt, als er mit seiner Investment- und Privatbank Swissfirst für 83 Millionen Franken den bis dahin als links geltenden Jean-Frey-Verlag und die darin enthaltene «Weltwoche» kaufte. Dabei bootete er den Ringier-Verlag aus, mit dem sich die vormaligen Besitzer eigentlich bereits auf einen Deal geeinigt hatten.

Matter trat jedoch nicht im Alleingang ins Medienbusiness ein. Vielmehr diente der damals 35-Jährige als Strohmann für den rechtslibertären Tessiner Milliardär Tito Tettamanti, der die «Weltwoche» zum «Oppositionsmagazin von rechts» umfunktionieren wollte.

Dennoch agierte Matter vorübergehend selbst als Verleger. Als Geschäftsführer installierte er den unmittelbar zuvor als SRF-Chefredaktor abgesetzten Filippo Leutenegger, der heute FDP-Stadtrat in der Stadt Zürich ist. Zu den neuen Besitzern, die einige Wochen nach dem Kauf in Erscheinung traten, gehörte neben Hauptaktionär Tettamanti auch FDP-Nationalrat Peter Weigelt, der Geschäftsführer der rechtsbürgerlichen «Aktion für freie Meinungsbildung», die als «Trumpf Buur» mit Inseraten und Unterschriftensammlungen schon seit Jahrzehnten gegen die SRG agitierte. (Zwanzig Jahre später sollte Weigelt gemeinsam mit anderen weit rechts stehenden Unternehmern dann das Mediengesetz bodigen, mit dem SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Förderung von Onlinemedien ermöglichen wollte.)

Roger Köppel, der im Jahr zuvor Chefredaktor der traditionsreichen Zeitschrift geworden war, freute sich über die neuen Besitzer. Die «Weltwoche» sei ein sensibles Autorenblatt, das Freiräume brauche und nicht umgepolt werden könne, behauptete der spätere SVP-Nationalrat und Hauptredner der Albisgüetli-Tagung. Niemand könne so naiv sein, die «Weltwoche» zu einem politischen Kampfblatt zu machen, wäre dies doch der sicherste Weg, den Titel zu schädigen. (So seltsam es aus heutiger Perspektive auch anmutet – ja, das hat Köppel 2002 tatsächlich gesagt.)

Matter blieb in den folgenden Jahren eng mit dem immer weiter nach rechts rückenden Köppel verbunden. So hegte er 2011 Pläne, als Alternative zur SRF-«Arena»

ein eigenes Format ins Leben zu rufen, das vom «Weltwoche»-Chefredaktor moderiert und auf einem Privatsender hätte ausgestrahlt werden sollen. Leutenegger aber kam ihm auf Sat 1 Schweiz zuvor, und so belies Matter die Pläne in der Schublade.

Ebenso wenig wurde im gleichen Jahr aus seiner Idee, gemeinsam mit Christoph Blocher «Tele Züri» und «Radio 24» zu übernehmen – sofern das Gerücht, die beiden SVP-Politiker interessierten sich für die beiden Sender, denn überhaupt stimmte. Nur schon die Rede davon genügte, um etwas über drei Jahre nach Blochers Abwahl aus dem Bundesrat Journalisten und Politikerinnen anderer Parteien in Angst und Schrecken zu versetzen.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt: Thomas Matter gehört seit langer Zeit zum kleinen, aber einflussreichen Kreis von rechten Politikern, denen sehr bewusst ist, dass mit Medien Politik zu machen ist, und die keinen Aufwand scheuen, um das gesamte Informationssystem in die von ihnen gewünschte Richtung zu verschieben. Will er die SRG deshalb zerkleinern?

Herr Matter, geht es Ihnen darum, mehr Raum zu schaffen für rechte Medien wie die «Weltwoche» oder den «Nebelspalter»?

Nein. Von einer Annahme der Initiative würden alle privaten Medien profitieren, weil sie mit einer kleineren SRG mehr Luft zum Atmen hätten. Auch die Republik. Aber ich rechne nicht damit, dass es zu einem Rechtsrutsch der privaten Medien käme.

Sie könnten selbst für einen sorgen. Hegen Sie Pläne, ein neues rechtes Medium zu gründen oder in ein Bestehendes zu investieren?

Nein. Ich bin glücklich mit meinem Youtube-Kanal «In den Sümpfen von Bern», den fast 10'000 Menschen abonniert haben. Für ein Format, das sich einmal wöchentlich der Schweizer Politik widmet, ist das nicht so schlecht.

Einen Rechtsrutsch erhoffen Sie sich bei der SRG. Was gibt Ihnen die Zuversicht, dass sie ihren politischen Kurs ändern würde, wenn sie weniger Geld zur Verfügung hätte?

Die SRG müsste sich dann wieder mehr Mühe geben, weil ihre Konkurrentinnen – die privaten Medien – erstarken würden.

Und wenn sie sich mehr Mühe gibt, rückt sie fast schon automatisch nach rechts?

Es ist einfach mein Bauchgefühl, dass sich die SRG mit weniger Geld wieder mehr um Ausgewogenheit und Sachlichkeit bemühen müsste.

Matters Kampf für politische TV-Werbung

Ein Jahr nach seinem Amtsantritt als Nationalrat verfolgte Thomas Matter erstmals ein medienpolitisches Anliegen – eines, von dem er seither nicht mehr abrückt: Der SVP-Banker verlangte, dass private Radio- und Fernsehsender politische Werbung ausstrahlen dürfen. Doch er scheiterte damit 2016 zunächst in der zuständigen Parlamentskommission, wo eine Mehrheit warnte, eine Lockerung des Werbeverbots wirke sich auf die demokratische Willensbildung aus und führe im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen schlimmstenfalls zu amerikanischen Verhältnissen. Ein Jahr darauf sagte auch der Nationalrat Nein.

2024 lancierte Matter dieselbe Idee erneut. Nun unterstützte ihn eine Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, in der ständerätlichen Kommission aber unterlag er vor wenigen Wochen abermals. Noch ist das letzte Wort in dieser Sache nicht gesprochen.

Warum ist es Ihnen so wichtig, politische Werbung zu ermöglichen?

Die privaten Medien jammern, im Unterschied zur SRG allerdings zu Recht. Denn es wird für sie immer schwieriger, profitabel zu wirtschaften. Aus ordnungspolitischen Gründen wehre ich mich jedoch dagegen, dass der Staat die privaten Verlage stärker subventioniert. Wäre es konzessionierten Radio- und Fernsehsendern erlaubt, politische Werbung auszustrahlen, erhielten sie substanzielle Mehreinnahmen, ohne dass dies den Steuerzahler etwas kosten würde.

Wie hoch wären diese Einnahmen denn?

Das weiss ich auch nicht. Aber ich bin überzeugt, dass die meisten Parteien und auch viele Kandidatinnen und Kandidaten sehr gerne im Radio oder Fernsehen für sich werben würden. In der Schweiz wird ständig irgendwo gewählt, und drei-, viermal pro Jahr gibt es Abstimmungen. Das Potenzial ist gross.

Eine Lockerung des Verbots für politische Werbung käme vor allem der SVP zugute. Ihre Partei hat sehr potente Geldgeber.

Dieser Vorwurf zieht nicht mehr, seit die Eidgenössische Finanzkontrolle einmal pro Jahr die Budgets der Parteien veröffentlicht: Sowohl 2023 als auch 2024 schwang die SP weit obenaus.

Was Matter beim Verweis auf die Erhebung der Finanzkontrolle ausblendet: Die SP führt diese Rangliste nur an, weil sie ihre Abstimmungskampagnen selbst verantwortet und die dafür generierten Spenden daher als Einnahmen deklarieren

muss – während die bürgerlichen Parteien ihre Kampagnen in aller Regel von Wirtschaftskomitees durchführen lassen, womit sie die Transparenzregeln umgehen können.



SVP-Medienminister Albert Rösti diskutiert vor dem Nationalratssaal mit Thomas Matter. Peter Klaunzer/Keystone

Matter selbst würde sich eine Lockerung des Werbeverbots wohl zunutze machen. Denn er verfügt unzweifelhaft über das nötige Kleingeld, um ganze Werbesendungen zu finanzieren. Im Jahr 2023 warf er 160'000 Franken für seinen persönlichen Wahlkampf auf, weitere 100'000 Franken spendete er seiner Partei. Mit einem geschätzten Vermögen von 200 bis 250 Millionen Franken gilt er als einer der reichsten Parlamentarier.

Für die Halbierungsinitiative werde er auch in den eigenen Sack greifen, sagte Matter der «Weltwoche» beim Start der Unterschriftensammlung im Sommer 2022. Wie tief er das tat, ist unbekannt. Laut seinen Angaben beträgt das Kampagnenbudget des Initiativkomitees zurzeit insgesamt bloss 1,2 Millionen Franken. Das erstaunt, schliesslich sagte der ehemalige SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli 2023 in einem Republik-Porträt: «Was Matter anreisst, finanziert er im Wesentlichen auch.»

Bei der No-Billag-Initiative noch zurückhaltend

Als Geldgeber agierte Thomas Matter auch beim Privatfernsehsender 3+, der im Herbst 2006 den Betrieb aufnahm: Bei der Firmengründung gewährte er Initiant Dominik Kaiser einen Kredit in Form einer Wandelanleihe, ab 2008 besass er gut 7 Prozent des Aktienkapitals. Matter erzählt gern von diesem Investment: nicht nur, weil er beim Verkauf an CH Media elf Jahre später wie Kaiser gross Kasse machte – sondern vor allem, weil ihm der Unterhaltungssender («Bauer, ledig, sucht ...», «Der

Bachelor», «Bumann – der Restauranttester») als Anschauungsbeispiel dient für seine These, private Medien könnten neben der übermächtigen SRG kaum überleben.

Was interessierte Sie damals an 3+?

Für mich war das eine rein finanzielle Beteiligung.

Ging es Ihnen nicht auch darum, der SRG etwas entgegenzusetzen?

Nein. Dominik Kaiser brauchte Anfangskapital für sein Start-up, ich lernte ihn als sehr cleveren, vielversprechenden Unternehmer kennen. Und obwohl mir Roger Schawinski mit den Worten vom Einstieg bei 3+ abgeraten hatte, ich könne das Geld geradeso gut in den Rhein werfen, wurde das prozentual eines meiner erfolgreichsten Investments.

Wie sehr fühlte sich 3+ zu Ihrer Zeit von der SRG bedrängt?

Sehr stark. Ein Beispiel: Wir bewarben uns für die Rechte an der US-amerikanischen Unterhaltungsserie «CSI Miami», die SRG aber überbot uns. Wenn sie etwas unbedingt wollte, warf sie so viel Gebührengeld auf, bis wir nicht mehr mithalten konnten.

Wirklich? 3+-Geschäftsführer Dominik Kaiser, der im Unterschied zu Matter operativ tätig war, schilderte die Beziehung zur SRG in einem Interview mit der «Handelszeitung» im Jahr 2014 viel gelassener. Auf die Frage, ob sein Sender angesichts der gebührenfinanzierten Konkurrentin überhaupt eine Chance habe, Hitserien zu bekommen, antwortete er: «Durchaus. Wir haben auch schon einige Male die SRG ausgestochen.» Denn deren Budget sei anders verteilt: «Sie muss es zwischen News, Sport, Kultur und anderen Bereichen aufteilen. Für den Einkauf von Serien und Spielfilmen hat die SRG nicht zwingend mehr Geld zur Verfügung als wir.» Kurzum: 3+ und die SRG kämen «meist gut aneinander vorbei».

Zur Enttäuschung der No-Billag-Unterstützer in der Politik und in manch einer Redaktion privater Verlage liess sich Kaiser im Jahr 2018 folgerichtig auch nicht in den Abstimmungskampf einbinden. Stattdessen stellte er frühzeitig klar: «Hochwertige, tagesaktuelle TV-Information ist ohne Gebühren nicht machbar.»

Heute sagt Thomas Matter, die Initiative zur vollständigen Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren, die von der Stimmbevölkerung mit 72 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde, sei auch ihm zu radikal gewesen. Und tatsächlich enthielt sich Matter bei der Schlussabstimmung im Nationalrat der Stimme – anders als der damalige medienpolitische SVP-Wortführer Gregor Rutz, der sich für die Annahme

der Initiative starkmachte. Überhaupt blieb Thomas Matter in jener Zeit auffallend ruhig: Kein einziges Mal schritt er während der mehrere Tage dauernden Parlamentsdebatte ans Rednerpult, und auch in den Medien meldete er sich nicht zu Wort.

In den folgenden Jahren aber radikalisierte Matter sich. Dergestalt, dass er Rutz inzwischen deutlich in den Schatten stellt.

Matters Angriff

Der Zeitpunkt, an dem sich Matter auf einmal vehement in die Medienpolitik seiner Partei einzumischen begann, lässt sich exakt angeben: Es passierte am 2. Juni 2021. An jenem Tag gab die SVP via Medienmitteilung bekannt, sie gehe «gegen den links-grünen Aktivisten-Sender SRF vor». Denn «der mit Zwangsgebühren finanzierte Staatssender» entwickle sich zunehmend zum «NGO-TV», berichte tendenziös und verletze regelmässig die journalistische Sorgfaltspflicht. Das Fass zum Überlaufen gebracht habe die tags zuvor ausgestrahlte «Club»-Diskussion über das gescheiterte Rahmenabkommen mit der Europäischen Union, bei der drei von vier Teilnehmerinnen «EU-Turbos» gewesen seien und zu der niemand aus der SVP eingeladen worden sei.

Für weitere Auskünfte sollten sich Journalistinnen nicht an Gregor Rutz oder ein anderes Mitglied der für Medienpolitik zuständigen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen wenden. Sondern an Thomas Matter, Mitglied des Parteileitungsausschusses, der seit seiner Wahl in den Nationalrat einzig und allein in der Wirtschaftskommission tätig ist.

Matter, immer für einen flapsigen Spruch gut und auch deshalb ein Liebling von «TeleZüri», «Nau.ch» und «20 Minuten», polemisierte weiter. Vier Tage nach dem Versand der Medienmitteilung sagte er, die SVP-Leitung diskutiere über zwei mögliche Stossrichtungen für eine Anti-SRG-Volksinitiative: Nebst einer Gebührensenkung von 335 auf 200 Franken denke man auch darüber nach, auf die personelle Zusammensetzung der Redaktionen und der Chefetage einzuwirken. «Der Verwaltungsrat der SRG, die Geschäftsleitung, die UBI und die Redaktionen sämtlicher politischer Sendungen sollen die politische Landschaft der Schweiz abbilden.»

In den knapp fünf Jahren, die seither vergangen sind, hat Matters Druck nie nachgelassen. Selbst mit Beschwerden bei der Ombudsstelle – ein von aktiven

Politikern höchst selten genutztes Instrument – treibt er die SRG vor sich her: Vor zwei Monaten protestierte er so gegen einen in der «Tagesschau» ausgestrahlten Beitrag zur Gründungsversammlung der AfD-Jugendorganisation. Obwohl ihm die Ombudsstelle in mehreren Punkten recht gab, will er die Beschwerde an die nächsthöhere Instanz UBI weiterziehen – «damit will ich den Druck erhöhen, dass SRF endlich Konsequenzen zieht und so etwas künftig nicht mehr passieren kann».

Die permanente Bedrängnis von rechts bleibt nicht ohne Wirkung, wie die Republik schon im vergangenen Sommer in einer Recherche aufgezeigt hat: Die SRF-Berichtserstattung über die SVP ist seit einiger Zeit von Zurückhaltung, wenn nicht sogar Angst und Mutlosigkeit geprägt.

Nun erzählen Radio- und Fernsehmitarbeiterinnen in Gesprächen mit der Republik überdies, dass Leitungspersonen viel akribischer als früher kontrollierten, ob wirklich ausgewogen berichtet werde. Und zwar nicht wie einst über die gesamten Kanäle und längere Zeiträume hinweg, sondern auf Ebene einzelner Sendungen. «Der ständige Rechtfertigungsdruck bindet Ressourcen», sagt ein Redaktor von Radio SRF. «Es ist wie bei Trump: Unsere Arbeit hat sich nicht grundlegend verändert, aber sie ist aufwendiger geworden.»

Einschneidend sei aber vor allem das in Teilen bereits umgesetzte, happige Sparprogramm. «Uns fehlen mittlerweile Leute, Programme aber gibt es nicht weniger. Das merken wir.»

Zum Sparen gezwungen ist die SRG, weil der Bundesrat vor eineinhalb Jahren beschloss, die Gebühren bis 2029 schrittweise auf 300 Franken zu senken und die meisten Unternehmen von der Abgabepflicht zu befreien. Das Budget der SRG reduziert sich dadurch um rund 270 Millionen Franken, in den nächsten drei Jahren werden 900 der 5600 Vollzeitstellen abgebaut. Den Antrag zur Gebührensenkung hatte SVP-Medienminister Albert Rösti in den Bundesrat eingebracht. Jener Rösti, der bis zu seiner Wahl in die Landesregierung selbst für die Halbierungsinitiative gewiebelt hatte und bis heute als Mitglied des Initiativkomitees geführt wird.

Auch wenn die Stimmbevölkerung die Halbierungsinitiative am 8. März ablehnen sollte, was angesichts aktueller Umfragen wahrscheinlicher erscheint als eine Annahme: Thomas Matter und seine Mitstreiter haben die SRG bereits erheblich geschwächt. Und man kann getrost darauf wetten, dass sie den Druck auch im Falle einer Niederlage aufrechterhalten werden – mit markigen Sprüchen, aggressiven

Medienmitteilungen und umfangreichen Beschwerden bei der Ombudsstelle. Und in einigen Jahren vielleicht auch mit einer weiteren Volksinitiative.

Thomas Matter hat die SRG ins Visier genommen. Und er denkt nicht daran, den Finger vom Abzug zu nehmen.